

> Sehr geehrte Damen und Herren,

>

> die ÖDP, Kreisverband Rosenheim, wirkt im Bündnis „Rosenheim nazifrei“ mit, in dem sich auch die Infogruppe Rosenheim engagiert. Wie Sie sicher wissen, stuft der Verfassungsschutz die Gruppe mittlerweile als militant ein und ordnet sie dem linksextremistischen Spektrum zu. Zudem steht laut Polizeipräsidium Oberbayern Süd der Verdacht im Raum, dass Linksextremisten aus Rosenheim an schweren Ausschreitungen im Rahmen des G 20-Gipfels in Hamburg beteiligt waren.

>

> Im Rahmen einer Umfrage haben die OVB-Heimatzeitungen deshalb zwei Fragen an Sie:

>

>

> 1) Erfordern die vorliegenden Erkenntnisse Ihrer Ansicht nach zwingend den Ausschluss der Infogruppe Rosenheim aus dem Bündnis?

-- ÖDP JF: Die Infogruppe ist nicht von Anfang an beim Bündnis gewesen und sollte aus dem Bündnis ausgeschlossen werden. Das Bündnis war ein einmaliger, notwendiger Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte gegen "die Rechte" und auch gegen Gewalt an Asylbewerbern und Migranten.

>

> 2) Werden Sie künftig so wie bisher in diesem Bündnis mitarbeiten, auch wenn ihm die Infogruppe weiterhin angehört. Welche Gründe sind für Ihre Entscheidung ausschlaggebend?

-- ÖDP JF: Nein , wir werden beim Bündnis nicht mehr weiterarbeiten. Die Entscheidung trafen wir am 22.3.17 auf der Kreisvorstands Sitzung per Beschluss und wollte dies beim Bündnis Treffen die etwa 2xjährlich erfolgen persönlich mitteilen, ist aber nun per mail am 18.7. an Rosenheim nazifrei erfolgt.

Unsere Einstellung der ÖDP ist es, demokratisch und gewaltfrei mit Sachfragen oder anderen Meinungen umzugehen; auch sind wir programmatisch so breit aufgestellt, daß wir uns nicht in ein Meinungskorsett einer Gruppe oder anderen Parteien einengen brauchen und manchmal auch nicht können - wie uns die Entwicklung bestätigte. Zum anderen sah ich mich als Kreisvorsitzender bei kurzfristigen Anfragen aus dem Bündnis nicht in der Lage einen Beschluß unserer Kreisvorstandschaft zu erreichen. Nicht demokratisch konform für uns ist es, Gastwirte anzuschreiben welche Parteien als unerwünscht gelten und nicht einzulassen wären.

3) Wenn die Lage ein neues Bündnis im Sinne des Grundgesetzes zur Verteidigung von Grundrechten erfordert und eine gemeinsame, gesellschaftliche Aktion erfordert, dann wären wir sicher wieder bereit dabei mitzumachen.

Mit demokratischen Grüßen

Josef Fortner  
Kreisvorsitzender ÖDP Rosenheim